

Er erscheint täglich
mittelsamstag mit Ausnahme der
Sonntage und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 P., vierteljährlich 1.50 M.
Jahresabonnement 18 M. Durch
die Post bezogen 1.65 M.

„Die Neue Welt“
(Wirtschaftsblatt) erscheint
jeden Samstag, 10 Uhr, 10 P.

Volkswort

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Bez.,
Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Geißestraße 21, ex. Rev. Hof parterre rechts. Halle a. S. 1897. Telephon-Nr. 1007.

Nr. 279. Halle a. S., Dienstag den 30. November 1897. 8. Jahrg.

997 Millionen Mark sollen ins Wasser geworfen werden!

In einer Extrausgabe hat der Reichsanzeiger am Sonntagabend den Entwurf des Gesetzes über die deutsche Flottenvermehrung veröffentlicht. Auf sieben Jahre hinaus, bis 1904, soll dem Reichstage das volle Bewilligungsrecht über die Ausgaben für die Marine genommen werden durch Annahme des Marineplans. Das Wort Septennat hat in Deutschland einen bösslichen Klang; es ruft die Erinnerung wach an den schändlichen Schwindel, der vor zehn Jahren mit dem Worte als Wahlparole getrieben worden ist. Damals machte die Bismarcksche Schandpresse dem Volke weis, wenn nicht gleich für sieben Jahre (Septennat) die Ausgaben für das Landheer bewilligt und 42 000 neue Soldaten gemacht würden, dann brächen sofort die Franzosen ins Land und zögen dem Bauern die letzte Kuh aus dem Stalle, schändeten die Frauen und Töchter und saugten dem deutschen Volke den letzten Blutstropfen aus. Heute weiß jedes Kind, daß diese Voraussetzungen die nichtswürdigsten Lügen, der infamste Schwindel gewesen ist, um die Reichstagswähler ins Vordahorn zu jagen. Der Schwindel gelang leider. Es wurde eine septennatstüchtige Mehrheit gewährt.

Wohlgeliebt sind seit jener Zeit Abertausenden von Bauern die letzten Kühe aus dem Stalle gezogen worden, aber nicht von Franzosen, sondern von deutschen Gerichtsvollziehern. Wohlgeliebt sind in den zehn Jahren nach wie vor deutsche Frauen und Mädchen in Stadt und Land geschändet worden, aber nicht von Autos und Juaren, sondern von deutschen Ordnungswärttern und deutschen Ordnungsgewaltigen! Wohlgeliebt ist dem deutschen Volke seit Gelingen des abfälligen Septennatstschwindels ein Alter Blut nach dem andern abgezapft worden, aber nicht durch den „Erbschind“ und seine Klotzen, sondern durch die feinsinnigen Konserverativen und Nationalliberalen beschränkten und angemessenen neuen Steuererfolge.

Dem kaum saß die Septennatmehrheit im Reichstagsparlament, da ging das Bewilligen los! Dem Volke wurde eine Steuer um die andere aufgeschliffen, während Agrarier und Industrielle sich gegenseitig Belästigungen und „Schußhöle“ in die Tasche bewilligten. Hunderte um Hunderte von Millionen sind auf diesem nicht recht ungewöhnlichen Wege den Staat- und Schuldnern zugewandt worden. Das Deutsche Reich wurde mehr und mehr ein Reich der Reichen, in dem mit Hilfe des famolen indirekten Steuerstystems der Arme gehalten wird, die Hauptlasten zu tragen.

Jetzt soll ein neues „Septennat“ bewilligt werden, nicht für das Landheer, sondern für die Marine. Die Begründung für seine Notwendigkeit ist ebenso windig wie die vor zehn Jahren. Dem Reichstage soll das Budget-Bewilligungsrecht entzogen werden. Dem Volke wird durch die Presse vorgelesen, Deutschland bedürfe dieses Septennats, wenn nicht sein überreizter Handel geschwächt und die im Ausland wohnenden Deutschen gefährdet werden sollten.

Eine läge plumper als die andere! Sehen wir uns an, was bewilligt worden ist und was verlangt wird. Schon in den letzten Jahren ist der Marineetat ungeheuer gestiegen, und immer hat der Reichstag weit mehr als das unbedingt Notwendige bewilligt. Die Regierung hat also kein Recht, sich über den Reichstag zu beschweren. Daß er als Vertreter des Volkes natürlich nicht ins Abgrunde hinein die Millionen ins Wasser schütten kann, ist nicht nur sein Recht sondern seine verordnete Pflicht. Aber unsere Marinepatronen können nicht genug bekommen, und deshalb soll das Septennat bewilligt werden, weil dann die Wasserfrage völlig freie Hand haben. Es werden verlangt:

1897	41.1 Mill. M.	9. April M.	52.4 Mill. M.	Zusammen	117.5 Mill. M.
1898	51.4 Mill. M.	7. April M.	62.6 Mill. M.	Zusammen	121.7 Mill. M.
1899	55.5 Mill. M.	8. April M.	67.4 Mill. M.	Zusammen	131.6 Mill. M.
1900	64.6 Mill. M.	8. April M.	71.4 Mill. M.	Zusammen	144.7 Mill. M.
1901	64.3 Mill. M.	8. April M.	75.4 Mill. M.	Zusammen	148.4 Mill. M.
1902	62.3 Mill. M.	8. April M.	79.4 Mill. M.	Zusammen	150.5 Mill. M.
1903	68.5 Mill. M.	8. April M.	83.4 Mill. M.	Zusammen	156.6 Mill. M.
1904	63.6 Mill. M.	8. April M.	87.4 Mill. M.	Zusammen	149.7 Mill. M.

Durch die neue Vorlage wird bestimmt, daß, abgesehen von Torpedoschiffen, Schulschiffen, Spezialschiffen und Kanonenbooten verwendungsbereit sein sollen 17 Minierschiffe, 8 Küstenschutzschiffe, 9 große und 26 kleine Kreuzer; als Materialreserve kommen dazu 2 Minierschiffe, 3 große und 4 kleine Kreuzer.

Der Reichsanzeiger sagt, diese Zahlen seien von den Regierungen als das mindeste, was gefordert werden müsse, anerkannt worden. Höhere Forderungen sind nicht ausgeschlossen!

Und dabei haben die Marineoffiziere noch die Sitru zu behaupten, diese Marinepläne seien nicht unerlös! Sie höhnen die Gegner der Vorlage und sagen, gerade durch diesen Gesetzentwurf würden ja die Grenzen der Forderungen genau festgelegt. Was diese Spitze sich doch dem Volke zu bieten getraut! Glauben sie denn, Michel sei noch so gutmütig wie vor zehn Jahren, wo er dem Bismarckschen Septennatstschwindel ins Garn ging?

Zweifelslos soll die Septennatsfrage wieder zur Wahlparole gemacht werden. Spöttlich fragt dann die Wählerchaft in ihrer überzogenen Mehrzahl dafür, daß den Wasserpatronen ein für allemal die Luft vergetzt, ihre Phantasieereien auf Kosten der deutschen Steuerzahler zu verwirklichen. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß das Gesetz noch über das Septennat hinaus dem Reichstage die Verpflichtung auferlegt, Ersatzbauten zu bewilligen, so oft vom Kaiser ein Schiff von der Flotte getrennt wird. In wie starkem Maße das in den letzten Monaten geschehen ist, wie große Kriegsschiffe, die eben erst mit dem Aufbaue von Millionen pariert worden waren, in eine niedere Klasse rangiert wurden, ist bekannt. Dann kommen zu den schon geforderten Unsummen noch weitere Hunderte von Millionen.

Das deutsche Volk ist gewarnt! Was es an das ungehörige Elend denken, das im Innern unseres Reiches zu stellen ist, ehe es tausend Millionen und mehr ins Meer wirft.

Verfassungsbruch durch österreichische Ordnungsbrüder.

Die Ständekassen im österreichischen Parlament haben sich zum Mittwoch vergangener Woche bis zum Sonntagabend in immer verschärfterer Weise gehäuft. Ihre Berechtigung wird erst leiz, wenn man weiß, in wie unglücklich frecher Weise seitens des kaiserlichen Reiches die Rechte des Abgeordnetenhauses verletzt worden sind. Kein Tag ohne Gesetzesverletzung seitens des Präsidiums, kein Tag ohne Herausforderung der Widerrechtsparteien! Den verberberichten Reichstag wogte die Polenfrage in Verbindung mit dem Präsidenten Abrahamowitz am Donnerstag. Da brachte nämlich der Abhandlung von Währlich-Ortman, der Graf Falkenhayn, den Antrag auf Änderung der Verfassung vor. Es sollte möglich sein, Abgeordnete auf mehrere Tage auszuschieben, ihnen die Tageselder zu entziehen und Polizei ins Haus zu schießen. Obwohl nun die Befassung ausdrücklich vorsteht, daß solche Veränderungen der Verfassung nur durch die Zustimmung der Abgeordneten und der Reichsräte und die Zustimmung der Reichsräte erfolgen müssen, obwohl auch der Reichsrat und die Krone hätte an ihre Zustimmung gehen müssen, ehe die Veränderung gesetzlich Kraft erlangte, hat der Präsident mitten im höchsten Anstöße die Anträge vorgelesen, so daß sie niemand richtig verstehen konnte und die meisten gar nicht wußten, um was es sich handelte. Die in das Verbrechen eingeweihten Wahrenhorde stand nach Beratung der Anträge von ihren Plätzen zum Zeichen der Zustimmung auf, und der Präsident erklärte die Veränderung für angenommen und für ihn in Kraft getreten. Seine hübschliche Freiheit ging sogar so weit, daß er ipso facto die Abgeordneten der Krone, die bei der Abstimmungskundgebung zufällig gefunden hatten, mitzählte, als hätten sie für die Anträge gestimmt.

Erst durch die Sozialdemokraten haben sich die sozialdemokratischen Abgeordneten veranlaßt gefühlt zu ihrem schon geschilberten Vorgehen aus Freitage, und sie haben damit recht getan, so ehr auch im Interesse des Reiches das Parlamentarismus die Synen abzuwehren müßten. Solchen gewissenlosen Ehemenn gegenüber, wie dem Abrahamowitz und seinen Kumpanen bis ein anderes Verteidigungsmittel als das der Gewalt nicht übrig.

Das Vorgehen des Präsidenten und seiner Freunde hat denn auch in Wien, Brünn, Prag, Graz und andern Städten die färschte Entrüstung hervorgerufen und zu großen Demonstrationen geführt. Studenten, Bürger, Arbeiter waren in der Vertretung des vollen gemeinsamen Staatsrechts und der Staatswürde einig. In Graz wurde durch 2/3 Kompanie Infanterie und 2 Jäger Kavallerie die Menge zerstreut. Viele Personen wurden verhaftet, ein Arbeiter wurde durch einen Schuß getötet. „Nieder mit dem kaiserlichen Regiment!“ „Abzug Wahren!“ Eine Demonstration wurde an eine Laterne geföhrt, durchgepreßt und verbrannt.

Am Sonntagabend wurde Abrahamowitz beim Betreten des Sitzungssaales mit Rufen wie „Buchhändler“, „Schuft“, „Staatsverderber“ u. s. w. empfangen. Abg. Berger, der „Dauerredner“, warf ein Eisenstuck nach ihm. Ihn furchtbare Säure erlöbte sich; zum wenigsten alle Feinungen und andere Gegenstände wurden nach dem Präsidenten geworfen. Die Ministerstühle wurden auf die Erde gestößt. Als Abrahamowitz den Saal verließ, wurde sein Wegang mit

Infektionserkrankung
betragt für die Spezialisten
Beitrag über deren Raum
15 A. für Wohnung,
Bereins- und Verammlungs-
angehen 10 A. zelle
Im reaktivenellen 10 A. zelle
follet die Seite 60 A.

Gerate für die fällige
nummer mühen härschen 10
vornmittags 10 Uhr in der
Expedition abgegeben sein

Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 1007.

Beifall begrüßt. Dagegen küßten ihn einige Polen ab. Der ausgeschlossene Abg. Wolf beirat den Saal. Polizisten drangen ein; deutsche Abgeordnete verpörrten ihnen den Weg zu Wolf, der sich auch persönlich auf befehlige zur Wehr setz, schließlich aber unter einer Bank hervorgezogen und hinausgeschleppt wird „wie ein Kalb“.

In Wien herrscht furchtbare Aufregung. Die von Polizisten in ihrem Lokale belagerten Studenten warfen mit Bierelbein auf die Wachmannschaften. Ueber Ba'eal und den Kaiser werden nicht wiederzugeben Urteile laut. Die nächste Sitzung des Parlamentes ist auf Dienstag anberaunt.

Der Kaiser will trotz allem, was vorgekommen ist, Baderi halten. Das ist der feste Weg, auch in Osterreich das monarchische Gefäß völlig zu erlösen. So viel steht fest: An der Spitze der österreichischen Regierung stehen jetzt Berbercher; das Volk ist nicht willens, sich den Staatsstreich, den Verfassungsbruch, die Revolution von oben gefallen zu lassen. Niemand kann sagen, wofür die gegenwärtigen Zustände noch führen werden.

Donnerstag nachmittag 2 Uhr hat der Kaiser die Demission des Gesamtkabinetts Baderi angenommen.

Sobald die Nachricht sich mit Bligesele durch die Stadt verbreitet hatte, trat völlige Ruhe ein. Umends 7 Uhr wurde auch der am Sonntagabend verhaftete Abg. Wolf entlassen. Der Tag über vor Wien in ungeheurer Aufregung. 50000 Menschen waren auf dem Ring versammelt. Die Pularen ließen mit blauer Waffe ein, so daß Bewachungen versammeln, einem wurde der Schädel gespalten. Die Unversität ist bis zum Mittwoch geschlossen worden. Auch in Prag und Graz rief die Nachricht vom Rücktritt Baderis große Freude hervor, und die Straße in den Straßen legte dem ersten ein. So hat der zähe Staatsstreich doch dem ersten Unwillen des Volkes weichen müssen.

Tagesgeschichte.

Die erste Plenarsitzung des Reichstags wird am Dienstag um 2 Uhr stattfinden. Am Mittwoch erfolgt die anschließliche Wahl des Präsidiums.

Interpellation über das Vereinsgesetz. Die Nationalabg. Korresp. teilt mit, daß die Regierung im Reichstagsratte darüber interpelliert werden sollte, wie sie den Reichstagsbeschlüß bezüglich der Aufhebung des Verbindungsverbot für inländische Vereine auszuführen gedenkt.

Der Angriff auf das Budgetrecht des Reichstags stellt sich nach der neuen Entschl. der Krone. Abg. Hja., wonach in der Marinevorlage nicht bloß ein Septennat, sondern auch die Gesamtkräfte der Flotte festgelegt werden soll, als noch weitgehender heraus, als bisher angenommen worden ist. Wenn eine Gesamtkräfte der Flotte gesetzlich festgelegt ist, so erzieht sich daraus für den Reichstag die Notwendigkeit, nicht bloß den Flottenbestand auf die Höhe dieser Festsetzung zu bringen, sondern auch künftig entsprechend dieser Festsetzung zu erhalten. Es ist also damit über das Septennat hinaus eine Bindung des Budgetrechtes des Reichstags für künftige Ertragbauten beabsichtigt. Wenn aber ein Ertragbau erforderlich wird, das entseiber abssam der Kaiser persönlich als Oberkommandeur der Marine.

Belanulich verhält der Kaiser gegenwärtig, ob ein Schiff „aus der Schiffsliste getrennt“ wird nach dem geltenden Staatsrecht aus dieser Verfassung für den Reichstag keine Verpflichtung, den Bau eines entsprechenden neuen Schiffes zu bewilligen. Kinzig aber wurde angesichts der festgesetzten Gesamtkräfte diese Verpflichtung aus einer solchen Streichung bergeleitet werden. Der Kaiser persönlich hat auch bekanntlich als Oberkommandeur der Marine das Recht in Anruch genommen, Schiffe aus einer Schiffsliste in die andere zu verlegen. So sind bekanntlich erst im Dezember 1896 plötzlich drei große Panzerschiffe, welche für die heimliche Seeschlachtslotte gebaut waren und welche bisher zugehört wurden, für Panzerkreuzer erklärt und dem bestritten worden. Daraus ist für den Reichstag auch dem bestehenden Staatsrecht noch keine Verpflichtung erwachsen, die bedarft in der Reihe der Panzerschiffe für die heimliche Seeschlachtslotte entfallenden Kosten durch Neubauten auszusüllen. Kinzig wurde auch eine solche Verpflichtung des Reichstags aus der Verlegung von Schiffen aus einer Schiffsliste in die andere geföhrt werden. Welcher Feind von Kon-

zisten wird durch alles dies geschloffen.
Wenn der Freisinn die Macht hat! In Einshoren segeln im vorigen Jahre bei der Stadtwahlverordnetenwahl unsere Genossen mit einem und in diesem Jahre mit beiden Kandidaten. Die „liberalen“ und „freisinnigen“ Wammeshefen der Stadtvertretung haben, Neubürger u. s. w. „liberalen“ und „freisinnigen“ folgand den Wahlschein eröhnen und zwar von 6 St. auf 9 St. Vom Magistrat ist bereits ein diesbezüglicher Beschluß geföhrt! — So bricht der Freisinn sein

Wort, das er bei den Wahlen den Wählern verspricht. Wo er die Macht hat, ist er genau lo ein reaktionärer Gegner des gleichen Rechts für Alle wie nur irgend ein Junker! Gehalt bleibt Gehalt!

„Väterliche Fürsorge“. Die Dieb-Postdirektion in Darmstadt hat allen Postunterbeamten vor ihrer Einstellung das Heiraten verboten. Dieser famose Erlass wurde den Postunterbeamten zum Unterschreiben vorgelegt. Sie unterschrieben auch alle, da sie nicht ihre Einstellungen gefährden wollten. Wer nun diesem Erlass nicht nachkommt, wird aus dem Postdienst ohne alle Ansprüche an die Direktion entlassen werden. Um diesen Erlass deutlich zu kennzeichnen, sei bemerkt, daß der Postunterbeamte, um zur besten Anstellung zu gelangen, eine Dienstzeit von 9 Jahren zurücklegen muß. Wenn nun ein junger Mann das Unglück hat, erlegt mit dem 22. Lebensjahr in den Militärdienst zu treten, und dann noch seinem Abgange vom Militär das „Geld“ hat, in den Dienst der Post zu kommen, erreicht er somit ein Alter von nahezu 32 Jahren, in dem es ihm dann erst gnädig gestattet wird, eine Ehe einzugehen. Und dies alles nur, weil das Gehalt der Postunterbeamten so niedrig bemessen ist, daß es den Beamten schwer fällt, eine Familie zu gründen. Welche sittliche Folgen ein solches Vorgehen hat, liegt klar zu Tage.

Militarismus und Politik. Ein früherer Schüler der technischen Hochschule in Charlottenburg, J. Kr., hatte, als er noch Student war, über eine studentische Angelegenheit an die Zeitschrift Sozialistische Monatshefte berichtet. Diese Thatsache war bekannt geworden und wurde, als Kr. sich zur Ableistung seiner einjährigen Dienstpflicht meldete, der Militärbehörde hinterbracht. Diese hat daraufhin dem Militärpflichtigen das Recht, als Einjährigzögling zu dienen, anerkannt und ihn als Einjährigzögling einem Regiment zugewiesen. Kr. mochte sich diese Behandlung nicht gefallen lassen und ging ins Ausland.

Bekanntlich ist es früher schon öfter vorgekommen, daß freisinnige Marineoffiziere und strengliberale Offiziere des aktiven und inaktiven Soldatendienstes, weil sie gegen das Verbrechen des Duells sich erklärten, veranlaßt wurden, den Abchied zu nehmen. Im vorliegenden Falle hat man einen Militärpflichtigen durch Verbeugung der Dienstzeit dafür strafen wollen, daß er eine sozialistische Zeitschrift arbeitet. Weshalb aber verfahren die „maßgebenden Kreise“ denn nicht konsequenter? Man made doch ein Gesetz, wonach Sozialdemokraten und andere Menschen, deren Gesinnung sich von dem herrschenden militärischen System nicht verträglich, vom Militärdienst ein für allemal ausgeschlossen werden. Dann weiß jeder, woran er ist und die „maßgebenden Kreise“ werden auch bald wissen, woran sie sind.

Kapital und Arbeit. Die Vergarbeitszeitung schreibt: Von einem Brief unserer Zeitung im Saargebiet erhalten wir eine Schriftstück zugewandt, dessen Verfasserschaft wir im Interesse der Arbeiterfreunde in den Notationen der „gutenmännlichen“ und „christlichen“ Blätter vornehmen. Das Schreiben lautet:

Königliche Bergwerksdirektion. Saarbrücken, 28. Oktober 1907.
Auf Sie an die Königliche Bergwerksdirektion VIII. zu Saarbrücken gerichtetes und am 22. d. M. zur Entscheidung abgegebenes Schreiben Studium um Wiederanlegung erbitte Sie hiermit nach Prüfung der Verhältnisse zum Bescheid, daß Sie wegen Ihres Verhaltens im Streit 1893 dauernd abgesetzt worden sind.
Sie sind und bleiben für immer abgesetzt.
Bogel.

Belehren: R. Berginspektion S. Volkmann.

Das ist etwas aus den Musterberichten des preussischen Saates an der Saar. Ueber vier Jahre sind verfloßen seit der Auslandsbewegung der Saarbergleute. Damals wurden 2600 Arbeiter von der Bergwerksverwaltung „wegen ihres Verhaltens beim Streit“ auf die Straße geworfen. Noch jetzt laufen der Herausgerufenen genug herum, kämpfend mit Not und Glend. Einer der Entlassenen demütigt sich, trittet um Wiederanlegung und wird scheinig abgetrumpft.

Vier Jahre sind es her, als die Saarbergleute sich gegen das Kapital erhoben. Diese Stunde wird nie mehr geschehen.

Erst das Rückziehen, dann die Schindluder. Schienliche landwirtschaftliche Vereine haben eine Verlängerung der Sommer- und Herbstferien um je acht Tage beantragt, damit sie den Großgrundbesitzern längere Hilfe leisten

können bei den Erntearbeiten. Die armen Kleinen sollen ihre „Ferien“ also verlängert haben, um noch länger und besser wie bisher auf den großen Gütern zur Arbeit herangezogen zu werden. Ebenso verlangen die beschriebenen Agrarier, daß die Festsetzung der „Ferien“ den Ortsrat und Gemeindegewerkschaften überlassen werde; dann können die Herren diese „Ferien“ überall dann entziehen lassen, wenn es ihnen gerade am meisten an Arbeitskräften fehlt. Daß die Großgrundbesitzer Arbeiter in genügender Zahl haben werden, wenn sie denselben auskömmlichen Lohn und menschenwürdige Behandlung gewähren wollten, und dann gewiß nicht auf die Arbeitskraft der Kinder angewiesen wären, davon wird in der Hauptversammlung der landwirtschaftlichen Vereine ein Schlesiens gewiß nichts gesagt werden. Einflußreich genug aber sind die Herren, um ihren „Wünschen“ Erfüllung zu verschaffen.

„Die dümmsten Arbeiter sind die besten!“ hat in der westpreussischen Landwirtschaftskammer der konservative Mittelstandsbesitzer Holz in Paris mit der unsere Agrarier auszeichnenden Unverschämtheit gesagt. Er wandte sich damit gegen die Fortbildungsschulen, deren Einrichtung für das Land von der Landwirtschaftskammer aus abgelehnt wurde. Und Herr v. Puttkamer-Blau hat jenen Ausdruck vereweltlicht, indem er sagte, die Bildung der Volksschule genüge, wo sich ein gewisser Wohlstand gebildet habe, finde sich die Bildung von selbst. — Das diese Behauptung nicht liberal zutrifft, beweisen die Agrarier selbst am besten. Sie versuchen nicht nur über einen „gewissen“, sondern über einen sehr erheblichen Wohlstand; trotzdem ist ihre Bildung oft genug sehr Grad unter Null.

Eine wichtige Entscheidung hat das Gericht in Chicago gefällt. Es wird vor dort gemeldet: Das hiesige Gericht hat dem Eisenbahn-Betriebsleiter J. R. Keicham 21 000 Doll. Schadenersatz zugesprochen, weil ihn die North-Western Eisenbahn-Gesellschaft auf die schwarze Liste gesetzt hatte. Keicham war 1894 ein Vorkontrollführer der Gesellschaft und als der Gewerksleiter der Eisenbahn Angestellter den großen Streit anheftete, legte auch er die Arbeit nieder. Seit der Zeit hat ihn keine amerikanische Eisenbahn-Gesellschaft angestellt, weil die North-Western Gesellschaft die übrigen Eisenbahnen vor ihn gewarnt hat.

Richter als Gesetzgeber? Zu dem von uns schon erwähnten Zustande beim Dresdener Oberlandesgericht wird noch ein anderer höchst befremdender Zug bekannt. Oberlandesgerichtsrat v. Sommer hat nämlich mit daß vor der mündlichen Verhandlung eine nicht-öffentliche Beratung der Richter stattfände, die den Zweck habe, das Kollegium einflussreicher über den Sachverhalt zu informieren. Dies geschieht nicht aus fahrlässiger Sommer hat fort, daß der Sachverhalt in einfachen Sachen bei Gelegenheit der Verhandlung für den Fall, daß der Sachverhalt unverändert bleibt, über den Bescheid der Beratung oder über einzelne Streitfragen schlichtend wirkt. Eine derartige Einrichtung gilt nicht nur bei dem Oberlandesgericht Dresden.

Diese Einrichtung ist, wie H. Jastrow in der Zeitschrift für den deutschen Zivilprozeß darlegt, eine offenkundig gesetzwidrige. Dadurch würde der Vortrag des Anwalts in der öffentlichen Verhandlung zur Komodie, oder zu einer Falschlieferung der Prinzipien der Zivilprozeß-Ordnung.

Nach die andere in Dresden bestehende Seltsamkeit, daß eine Entscheidung besteht, welche die Entscheidung gleichmäßiger Rechtsprechung und Vermeidung widersprechender Entscheidungen der einzelnen Senate begründet, wird vom Oberlandesgericht Jena für gelegentlich ausgeschlossen bezeichnet. Jastrow nennt diese Einrichtung „üblich ungesetzlich“. § 195 O.-B. V. verbietet ausdrücklich jede Anwesenheit eines Justizverwaltenden Beamten bei der Beratung und Abstimmung des Urteils; so ist es noch viel schwerverständlicher, daß ein Gericht nicht befugt ist, die beschlossene Entscheidung vor der Verkündung einer Prüfung durch die Justizverwaltungsbehörde zu unterbreiten und von der letzteren Verfügungen darüber entgegen zu nehmen, ob seine Entscheidung richtig ist oder nicht.

Wo soll da die viele-sichtige „Unabhängigkeit der Gerichte“ bleiben?

Wird die sächsische Regierung eine sofortige Abstellung dieser mit dem Gesetz nicht zu vereinbarenden Zustände veranlassen?

Wegen Raiberbeleidigung konfiszirt wurde die letzte Nummer des Kladderadatsch. Den Anlaß zu dieser Staatsaktion, die der Welt deutlich zeigt, wie weit es schon unter dem allernachsten Kurs gekommen ist, soll das Bild auf der letzten Seite gegeben haben, in dem man eine zu deutliche Anspielung auf die Worte: „Wer kein braver Christ ist, ist kein braver Soldat“, gefunden haben will. So wäre also selbst der durch und durch von „nationaler“ Gesinnung erfüllte Kladderadatsch schon glücklicherweise der maßgebendsten Seite entgangen. Außer einigen wenigen Dramen des Schlot- und Krautentruankens dürfte bald kein politisches Blatt mehr vor solchen Schlägen sicher sein.

Wegen Beleidigung der deutschen Kaiserin hatte sich der Arbeiter Gustav Kribe in Berlin zu verantworten. Der im Jahre 1876 zu Halberstadt geborene Angeklagte hat neben anderen Vorstrafen auch schon eine Bestrafung wegen Majestätsbeleidigung erlitten. Am 23. Oktober kam er durch Schönberrg. Ein Genarrn sagte ihm beim Betreten ab. Bei der Durchsicht des Arbeitsbuchs, welches Kribe dem Beamten als Legitimation übergeben, fand der letztere, daß in dem Buche eine Beleidigung der Kaiserin eingeschrieben war. Auf die Frage, ob er das selbst geschrieben habe, erwiderte der Beklagte: „Ja, ich habe das geschrieben und das ist gut so!“ Auch heute vor Gericht machte er aus seiner Täterschaft kein Hehl. Er wurde deshalb wegen der Beleidigung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Sozialia.

59 254 verheiratete Frauen sind in Preußen im Gewerbe tätig. Das sind zehn Prozent aller erwachsenen weiblichen Arbeiterinnen. Fast 60 000 Familienmitglieder werden demnach ihren weiblichen Berufs, den Haushalt zu führen, Tag für Tag entzogen. Aber nicht die Sozialdemokratie ist es, die diese Familienleben leidet, sondern der einzige innere und äußere Feind, den es gibt, es ist: die kapitalistische Ausbeutung der Weibchen durch Weibchen.

Beim sächsischen Arbeitseisam in Frankfurt am Main wurden im vergangenen Jahre 13 746 offene Arbeitsstellen angemeldet, gegen 7947 in Borsdorf; befest wurden 9699 Stellen gegen 6492 in Borsdorf; 3701 der besetzten Stellen beruhen ungenutzte Arbeiter.

Zur Bekämpfung der Schwindsucht hat sich, wie gemeldet wird, die Leitung des Reichs Gesundheitsamts bereit erklärt, die Herausgabe einer vollständig gezeichneten Schrift über Schwindsucht-Bekämpfung zu veranlassen, die zur Massenverbreitung, insbesondere in Arbeiterkreisen, bestimmt sein soll.

Unschuldig verurteilt. Der Dampfhebelmüllens-Inspektor Salomon aus R. demig war vom Schöffengericht in Rudowitz wegen angeblicher Unterschlagung eines Baumstammes im Werte von 1 90 RM zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden. Der Richter ging ultracritisch und ungeschicklich vor. Die Urteile gegen dieses Urteil Berufung ein. Das Landgericht Borsdorf sprach den Angeklagten auf Antrag des Staatsanwalts frei, da sich die Unschuld des Angeklagten auf das unumstößlichste herausstellte.

Für die Notwendigkeit, die Gewerbe-Inspektion auf die kleineren Betriebe auszuweiten, spricht auch folgender Vorfall. Der Deponom Julius Busch in Wehligen, der seit 30 Jahren mit einer Wasserkraft ein Triebwerk betreibt, das er nach Aufhebung seines Berufs als Holzgerber für eine kleine Waldmühle und außerdem für eine landwirtschaftliche Futterhebelmüllens-Inspektion besetzt, als eines Abends beim Futterhebeln das Werk plötzlich stehen blieb, seinem Diensthilfen, nach der Ursache zu forschen. Das Wädhren ihrer Walz und wurde beim Zurückgehen der Treibriemen von einer Walz erlöst und in das Triebwerk gezogen, wobei die das links Bein unter dem Rnie abgerissen und der rechte Oberarm zweimal gebrochen wurde. Sie muß jetzt ein künstliches Bein tragen, kann nur mit Unterstützung einer anderen Person gehen und wird sich später höchstens durch Wädhren etwas verdienen können. Ursache des Unfalls war, daß es bei dem Triebwerk an jeder Schruppvorrichtung mangelte. Der Bauer, der sich vor dem Landgericht in Lübbingen wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten hatte, bezieht sich darauf, daß seit 12 Jahren, wo er durch eine Waldmühlens-Inspektion eine Verbesserung habe vornehmen lassen, noch nie etwas passiert war. Wenn ihn eine „Kommission“ auf die Notwendigkeit der Schruppvorrichtung zu untersuchen

Indianer und Kaiser.

Von August Reine.

[Nachdruck verboten.]

Die Geschichte des Kaiserlichen Regiments ist eine der lehrreichsten der Neuzeit. Der edle Indianer Juares verdient es, daß wir sein Andenken in Ehren halten.

Eine so verlässliche Geschichte dieser weltgeschichtlichen Ereignisse liefert bisher in deutscher Sprache nicht. Reichlich mag mancher Leser denken: Was hat der Freiheitskampf eines uns ganz fremden Volkes für uns je ein Interesse? Ich antworte: Das allergrößte, die unsere Erde ist eine Staat, gibt der Amerikaner. Der Sieg des Volkes über seine Unterdrücker ist unser Sieg, der Triumph der Dignität in irgend einem fremden Kontinent bedeutet die Wiederherstellung der Freiheit in gewisser Beziehung auch für uns.

Der Sieg der Amerikaner über England vor hundert Jahren erweckte das Freiheitsgefühl in Frankreich, die französische Revolution gab Veranlassung, daß sich die spanischen Kolonien von Spanien löseten, und wie wohl wir wissen, daß der Unabhängigkeitskrieg der gesamte Weltteil Amerika heute republikanisch ist, seine Einwirkung auf Europa ausübt?

Ich bringe hiermit die Ereignisse der Geschichtsjahre Juares und Maximilian unseren deutschen Leserinnen in Form einer Erzählung dar. Ich habe mich in nachfolgenden Items an Thatsachen.

Als Quellenchriften habe ich benutzt: Comte Emile de Keratoy: L'empereur Maximilian (franz.). Lefevre: Historia de la Intervencion Francesa en Mexico (spanisch).

Correspondance de Juares et de Monluc (franz.). Der Besieger des erkrankten Mexiko war ein Freund des Kaisers. Lefevre und Monluc Freunde von Juares.

1.

Der indische Vorkrieg.

Es war im Jahr 1821, als ein etwa vierzehnjähriger mexikanischer Indianerjunge eine Herde Schafe weidete. Der gesamte Haufe des Viehes befand in einem langen grauen Sende und einem großen Strohhut.

Der Knabe war hierbei beschäftigt, sich über einen Holstener in einer Pflanze aus Wädhren und Helt einen Wädhren (Lentilla genannt) zu baden, als er das Röhren eines Reiters bemerkte. Der Reiter sah auf einen kleinen Gebirgsfelsen und führte zwei bedene Nadeln neben sich. Als der Reiter den Knaben in der Ferne erblickte, kam er herangetritten.

Die Kleidung des Reiters bestand in einem baumwollenen Sende, wie solches die Indianerinnen tragen und neben, aus einer Hute von Leder, ebenfalls gefertigt und hergestellt von den Eingeborenen, und einem Poncho, das heißt einer großen Decke, in welcher in der Mitte ein Loch ist, welches gerade groß genug, um den Kopf hindurch zu passen. Ein breittieriges Pferd, ein paar indianische Schafe und ein paar eingeschleifte lange silberne Sporen bevollständigten den Anzug des Reiters, welcher eine große Fährte vor sich her über den Sattel liegen hatte. Als er näher kam, sah der Knabe, daß auch der Reiter ein Indianer war.

„Guten Tag, mein Junge“, rief der Fremde dem Knaben in spanischer Sprache freundlich an.

„Gut sei Jesus Christus!“ entgegnete der Knabe ernst. Statt zu antworten: In zwanzig Augen, lachte der Fremde, nur lächeln und nicht mehr.

„Sag mal lieber Junge, ich will nach San Pablo, wie reite ich denn?“

„Reitet auf den Berg dort drüben, dann geht Ihr es im Thale vor Euch liegen.“

„Reitet Du dort hin?“

Der Knabe nickte.

„Ich wünsche Venita Juares (wird Schwaes) zu besuchen, ihr Mann ist vor zehn Jahren in der Schlacht bei Guadalupe gefallen — lebt sie noch?“

„In mein Herz, die lebt noch, es ist meine Mutter.“

„Deine Mutter? Und Du bist Garlo Juares, mein Neffe und Vaterkind? Ich bin Garlo Juares, dein Onkel, nun ich werde ja sehen, ob in guter Hilde Platz für meine Gängetante ist. Wie alt bist denn Du, Venita?“

„Ich bin ein 21. März 1806 geboren.“

„Was machst denn Deine Mutter?“

„Sie arbeitet im Wädhren für den gnädigen Herrn.“

„Und Du?“

„Ich hüte die Schafe des gnädigen Herrn.“

„Dem Reiter, der alle gnädigen Herren?“ rief der Onkel Garlo und sprach von Herde — es giebt viele gnädigen Herren mehr,

doch in Mexico wird nicht eher Frieden und Glück eintreten, bevor nicht der letzte gnädige Herr und der letzte Hofe aus Lande hinausgejagt werden. So bestrafe Dich nun. Du wirst doch selber noch mühselig, wenn Du zu San Pablo gekommen bist. Doch nun laß uns Deinen Onkel besuchen, dann wird Deinem Herrn seine gnädigen Schafe beim und sag, er solle sie fortan selber hüten. Du und Deine Mutter hütet angeleitet seine Schafe zu sein.“

„Und was soll ich dann?“ frag der Knabe ängstlich. „Ach, Du machst ich kein Räuber oder so etwas — nein mein Onkel hat mir ein freies Wädhren gegeben und Du sollst hüten und schreiben lernen und alles, was du baar geist, ein Mensch zu sein. Du habst ein Einkommen, groß genug, um uns drei zu erhalten. Du aber sollst ein Kämpfer für die Unterdrückten werden, wie Dein Vater war — denn ich in seiner Todesstunde, als er dem Reiter den Schlüssel zu Lande getrieben am Boden lag, versprochen hat, für Dein Wädhren und Dich zu sorgen, wenn ich dazu im Stande sein würde. Jetzt ist es Zeit, mein Geschworenen einzulösen.“

Der Kampf für die Freiheit, hat begonnen im Lande Mexico, vielleicht erzieht Du noch den edelsten willigen Sieg — vielleicht nicht, wenn in erstklassig Volk selbstständig oftmals seine Befreiung zu gunsten seiner Kreier, die es besitzen, haben ist es doch selbst erzieht, daß aufständigen Indianer die Waffen fortwährend und dem Wohlth der Jübe hüten, als dieser mit dem Reichthum droht.“

„Lust und Reize zogen, nachdem sie ihr Wädhren getrieben, verlegt, dem Indianerort an, wo Venita Juares mit ihrem Sohne lebte.“

Beide arbeiteten hart für den edeligen Herrn Großgrundbesitzer. Die Freunde der armen India erntet man groß, als die Freunde ihres verdorbenen Mannes erblickte. Sie bewohnte eine Hütte, bestehend aus vier Schindeln und einem Strohdach, ohne Fenster und Schornstein. Statt der Thür war eine Strobtüre durch die Öffnung angebracht, die ganze Hütte bestand nur aus einzigem Gemach. Diese Hütten werden in der Welt hergestellt, daß man Wädhren in einer Hütte von Holz einweicht. Dann packt man das Wädhren auf dem Boden, wo die Wädhren des Hauses stehen, rings im Kreis zwei einen halben Meter breit und hoch.

(Fortsetzung folgt.)

